

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

15.01.15

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge hielten sich zu Stichtag 31. Dezember 2014 im Land Bremen auf (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen), wie hat sich deren Zahl seit 2010 entwickelt, und welches sind die fünf wichtigsten Herkunftsländer der im Land Bremen befindlichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen?
2. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen besitzen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 oder eine Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 Aufenthaltsgesetz, und in wie vielen dieser Fälle wurde für den Familiennachzug der Eltern oder sonstiger Familienangehöriger von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 36 Aufenthaltsgesetz erteilt?
3. Wie hoch sind die monatlichen Kosten, die insbesondere für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings im Land Bremen durchschnittlich anfallen, und welche Gebietskörperschaft hat diese Kosten zu tragen?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT

2.

19.01.15

Positive Haarproben bei Kindern und Jugendlichen im Drogenumfeld

Wir fragen den Senat:

Wie viele Kinder und Jugendliche in welchem Alter wurden in Bremen und Bremerhaven im Zeitraum vom 1. Oktober 2013 bis 31. Dezember 2014 im Rahmen einer Haaranalyse auf Drogenspuren getestet, und wie viele Tests fielen jeweils positiv aus?

Wie viele der getesteten Kinder und Jugendlichen mussten im gleichen Zeitraum aufgrund akuter Verletzungen/Beschwerden kinder- bzw. fachärztlich behandelt werden?

Welche Maßnahmen hat der Senat getroffen, um Kinder und Jugendliche im Drogenumfeld in Zukunft besser zu schützen?

Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

3.

20.01.15

Was passiert mit den 37 Millionen Euro Bußgeld und Gewinnabschöpfung des Rheinmetallkonzerns?

Wir fragen den Senat:

1. Welche Einnahmen ergeben sich aus dem Bestechungs- und Steuerhinterziehungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bremen gegen Rheinmetall Defence Electronics GmbH?
2. Bis wann ist diese Summe zu begleichen?
3. Für welche Zwecke will der Senat die Einnahmen verwenden?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

4.

20.01.15

Rechte Bremer Hooligans nach der HoGeSa-Krawalle von Köln

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über eine organisatorische Neuaufstellung der rechten Hooliganszene in Bremen?
2. Welche Informationen hat der Senat bezüglich einer aktuellen überregionalen oder bundesweiten Vernetzung rechter Hooligans, und welche Rolle spielen Bremer Gruppierungen und Einzelpersonen in diesem Zusammenhang?
3. Welche Maßnahmen ergreifen die Sicherheitsbehörden in Bremen, um auf diese veränderte Lage zu reagieren?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

5.

20.01.15

Kredite in Schweizer Franken

Wir fragen den Senat:

1. Hat das Land Bremen Kredite in Schweizer Franken aufgenommen, und wenn ja, wie hoch sind diese Kredite in Schweizer Franken, und wie hat sich der geschuldete Betrag aus den in Schweizer Franken aufgenommenen Krediten nach Aufgabe des Mindestkursziels von 1,20 Schweizer Franken/Euro durch die Schweizer Nationalbank auf Eurobasis verändert (bitte alle Zahlen zum Stichtag 20. Januar 2015 ausweisen)?

2. Wann werden die Kredite aus Frage 1 fällig (bitte getrennt nach Jahren und dem jeweils fällig werdenden Kreditbetrag ausweisen und in Schweizer Franken differenzieren), und hat das Land Bremen darüber hinaus auch Darlehen in anderen Fremdwährungen aufgenommen (bitte Beträge in Fremdwährung zum Stichtag 20. Januar 2015 angeben)?

3. Wie hoch sind die Zinsen, die das Land Bremen für die in Schweizer Franken aufgenommenen Kredite im laufenden Jahr zu bezahlen hat, und wie hoch ist die voraussichtliche Zinsbelastung in den Jahren 2016 bis 2020 (bitte in Schweizer Franken ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

6.

21.01.15

Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes

Wir fragen den Senat:

Wie ist der Sachstand bzgl. der geplanten Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes, und wann wird den zuständigen Gremien ein Entwurf vorgelegt?

Wie werden die Hochschulen, die einzelnen Statusgruppen, die außeruniversitären Forschungsinstitute usw. bei der Erarbeitung des Entwurfs miteinbezogen?

Wie soll die angekündigte Aufnahme einer „Zivilklausel“ ins Hochschulgesetz konkret umgesetzt werden?

Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

7.

21.01.15

Sport in den Standorten der JVA

Wir fragen den Senat:

Welche Sportarten werden in den einzelnen Standorten der Justizvollzugsanstalt angeboten?

Inwiefern werden hinsichtlich bestimmter Sportarten (beispielsweise Selbstverteidigung oder Krafttraining) Unterschiede zwischen den Gefangenen gemacht?

Inwiefern wurden in den Jahren 2013 und 2014 verbotene Stoffe zum Muskelaufbau in den einzelnen Standorten der Justizvollzugsanstalt gefunden?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

8.

21.01.15

Ausgleich von Investoren- und Gemeinwohlinteressen beim Kleinanlegerschutz

Wir fragen den Senat:

1. Welche Folgen hätten aus Sicht des Senats die Pläne der Bundesregierung zum Kleinanlegerschutz für nicht profitorientierte Unternehmungen und deren Finanzierung?

2. Wie ließe sich aus Sicht des Senats die Stärkung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement mit dem Schutz von Investoren, Kleinanlegern und Crowdfunding-Teilnehmern sinnvoll in Einklang bringen?

3. Was unternimmt der Senat, um gemeinwohlorientierte Unternehmungen nicht zu erschweren, sondern es leichter zu machen?

Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

9.

27.01.15

Drohungen gegen Justiz und Ermittlungsbehörden

Wir fragen den Senat:

1. Gegen wie viele Angehörige der Bremer Justiz (insbesondere Richter und Staatsanwälte) sowie Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft (insbesondere Polizisten) sind 2014 im Zusammenhang mit ihren dienstlichen Obliegenheiten Drohungen von dritter Seite ausgesprochen worden, und wie hat sich die Zahl dieser Fälle seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

2. Wie viele Personen aus Frage 1 mussten wegen der gegen sie gerichteten Drohungen im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 unter Polizeischutz gestellt werden (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

3. In wie vielen Fällen kam es zwischen 2010 und 2014 nach Drohungen tatsächlich zu Übergriffen auf den in Frage 1 angegebenen Personenkreis, und wie viele Betroffene erlitten dabei Sach- oder Personenschäden (bitte getrennt nach Jahren und der Art des Schadens ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

10.

27.01.15

Bremer Projekte für das Investitionsprogramm der EU-Kommission

Wir fragen den Senat:

1. Ist das Land Bremen in irgendeiner Weise gefragt oder beteiligt worden, bevor die Bundesregierung am 21. November 2014 deutsche Projekte für das 315 Mrd. € Investitionsprogramm der EU-Kommission angemeldet hat?

2. Werden die deutschen Länder bei der weiteren Präzisierung dieses großen europäischen Investitionsprogramms beteiligt?

3. Wenn ja, welche Projekte im bremischen Interesse meldet der Senat dafür an?

Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

11.

29.01.15

Ersparnis durch Schließung des Studiengangs Journalistik

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Studiengängen der Hochschule Bremen zur Fortführung eines Studienangebotes im Bereich der Journalistik wurden geprüft?

2. Welches sind die Gründe dafür, dass sämtliche dieser Überlegungen verworfen wurden?

3. In welcher Höhe werden durch die Schließung des Studiengangs Journalistik in den nächsten fünf Jahren pro Jahr Mittel zur anderweitigen Verwendung in der Hochschule frei?

Elias Tsartilidis, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

12.

03.02.15

Krankenhauskeime auf dem Vormarsch?

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat das Absinken der Belegungszahlen medizinischer und anderer hygienisch relevanter Einrichtungen von 169 (2009) auf 125 (2013) vor dem Hintergrund der Empfehlungen des „Leidel-Berichts 2012“?

Wie viele Vollzeitkräfte waren jeweils im Bereich Infektionsschutz 2009 und 2013 bei den Gesundheitsämtern Bremen und Bremerhaven beschäftigt?

Wie verhindert der Senat, dass durch fehlendes Personal im Bereich Infektionsschutz Gefährdungen durch Krankenhauskeime entstehen?

Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

13.

04.02.15

Spenden von Amtsträgern für gemeinnützige Zwecke

Wir fragen den Senat:

1. Welche Senatoren, Staatsräte und weitere Amtsträger des Landes Bremen sowie der Kommunen Bremen und Bremerhaven haben an der diesjährigen Eiswette und der Schaffermahlzeit teilgenommen?

2. Sind die Spenden, die von den in Frage 1 genannten Amtsträgern im Rahmen dieser Veranstaltungen geleistet wurden, aus öffentlichen Mitteln finanziert worden, und wenn ja, in welchem Haushalt sind diese Zahlungen jeweils verbucht worden (bitte alle Spenden des Jahres 2014 getrennt nach Personen, Veranstaltungen und Haushaltstiteln ausweisen)?

3. Auf welcher Rechtsgrundlage basiert die Finanzierung von Spenden durch Amtsträger für gemeinnützige Zwecke aus öffentlichen Mitteln im Land Bremen?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT